

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haerlein & Vogler, G. L. Daube,
Zwillingebank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann.
Eberfeld H. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Wie jetzt aus Spanien gemeldet wird, nimmt die spanische Regierung das Ultimatum der Vereinigten Staaten überhaupt nicht an. In dem gefirzten unter Vorbehalt der königlichen Regentin abgehaltenen Ministerrathe legte Sagasta den gegenwärtigen Stand der Lage dar, den er als kriegerischer Zustand bezeichnete. Er theilte mit, Varnabe habe Washington verlassen. Woodford sei eröffnet worden, daß es unnütz wäre, irgendwelche Note zu überreichen. Der Ministerrath dauerte eine Stunde. Der englische und der österreichische Botschafter traten im Ministerium des Aeußeren Besuche ab, der englische Botschafter, um mitzutheilen, daß er die Geschäfte der amerikanischen Gesandtschaft übernommen habe. Die Arbeiten der Korree werden abgelehrt werden, ohne daß jedoch das Parlament in Verma- nung trat.

Weiter wird gemeldet:
Madrid, 21. April. Der amerikanische Gesandte Woodford dürfte heute der spanischen Regierung das Ultimatum überreichen wollen, letztere es aber zurückgeben mit der Erklärung, Spanien nehme keinerlei Weisung (intimation) an. — Woodford hat seine Archive dem englischen Botschafter bereits übergeben.

In Folge davon war die Abreise Woodfords schon für den gelirten Abend erwartet. — Die baantische „Correspondencia“ in Madrid sagt, Spanien könne schon überleben vor Enttäufung über die Ungerechtigkeit, Vioheit, Infamie, Unbrigkeit und die Beschimpfungen aller Art, die auf Spanien gehnft wurden durch ein Volk, das sich herabgewürdigt habe durch die unehelichen Eigenschaften und die niedrigen Gefühle. Wir können schon Schlag auf Schlag erwidern, aber nicht werden niemals Gebrauch machen von Waffen, die in einem ritterlichen Lande verboten sind. Der Erfolg des Krieges wird sein, wie Gott will, aber wir haben großes Vertrauen zu dem Erfolg unserer Anftrengungen, unserer Streikrüfte zu Wasser und zu Lande und zu dem Triumph der Gerechtigkeit.

Am spanischen Senat fragte gestern Marschall Martinez Campos, ob es wahr sei, daß der amerikanische Gesandte Woodford seine Pässe erhalten habe und daß der spanische Gesandte in Washington, Pofo Vernalde, Washington verlassen habe, um nach Spanien zurückzukehren. Der Minister des Auswärtigen beantwortete beide Fragen zustimmend, er habe Vernalde Befehl gegeben, alle Beziehungen zu der amerikanischen Regierung abzubrechen. Martinez Campos schloß sich glücklich über die von der Regierung gezeigte Weisheit, welche gerne alle Forderungen erfülle, und nicht die Würde Spaniens verleben. Seit im Jahre 1820 verfolgten die Vereinigten Staaten das Ziel, sich Rußos zu bemächtigen, denn Amerika für die Amerikaner sei, so müsse Spanien als amerikanische Macht betrachtet werden, denn es habe sein Blut vergossen auf den Boden Amerikas. Redner erinnert daran, daß Amerika 40 Millionen Einwohner von spanischer Abstammung existiren, welche dem Mutterlande günstig gesinnt sind. Fernando Gonzalez (republikaner) erklärt, er sei vollkommen einverstanden mit Martinez Campos und fügt hinzu, nun das Vaterland in Gefahr sei, seien alle Parteien in Spanien einzig und bieten der Regierung bedingungslos ihre Mithilfe an. Ein Vortrag mehrerer Senatoren, die Mitwirkung zur Rettung der Egre Spaniens anzubieten, wurde durch Affirmation angenommen. Der Minister des Auswärtigen sprach seinen Dank aus, nicht namens des liberalen Kabinetts, sondern namens der nationalen Regierung. Der Präsident hielt dann eine patriotische Anrede, welche sehr häufig und mit Enthusiasmus aufgenommen wurde.

Der amerikanische Konsul in Malaga ist nach
Ergabe der Urkunde und des Mobiliars an
englischen Konsul nach Gibraltar abgereist.
Sekretär der Präfectur gab dem Konsul das
Zeit nach dem Bahnhofe. Das Wappenschild
die Fahnenstange wurden vom Konsulat
entfernt.

Aus Washington wird gemeldet: Eine Note der Regierung besagt, das Staatsdepartement gesteh dem spanischen Gesandten Vernehmlichungen der Regierung und eine Abschrift Resolutionen des Kongresses mitgeteilt. Ein Empfang derselben verlangte der Gesandte Pässe, welche ihm am Nachmittag zugesellt wurden. Das Staatsdepartement empfing heute ein Telegramm von Woodford, aus dem hervorgeht, daß die spanische Regierung die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Die Haltung mache jede weitere diplomatische Verbindung seitens der Vereinigten Staaten unnütz. Derselbe an Woodford besagt, der Prääsident beantragt Eine entsprechend den Resolutionen des Kongresses, Spanien aufzufordern, so auf die Souveränität in Kuba zu verzichten seine Truppen zu Wasser und zu Lande zurückziehen. Die Derselbe schließt: Wenn bis nachmittags Sonnabend, den 23. April, Mittags die Regierung der Vereinigten Staaten nicht von spanischer Regierung eine vollständig befragende Antwort empfangen hat, wird der Präsident ohne andere vorherige Benachrichtigung in notwendigen Maße die Vollmacht und Gewalt anwenden, welche ihm durch die gemeinsame Resolution verliehen und auferlegt ist. Die Reichthümer Cambon und Dangel gebogen sich in das Staatsdepartement, die Regierung offiziell davon in Kenntniss setzen, daß sie die Vertretung der Interessen nicht übernehmen haben.

Paris verlangt, die Großmächte werden der ersten europäischen Niederlage, niemand zweifelt, gemeinsam einen Druck ausüben, damit Spanien befehligen weiteren Unheils unter Verzicht auf Frieden schließe. Für die spanische Subskription zur Vermehrung der Flotte der Pariser spanischen Botschaft zahlen Baden zu. Eine hohe Persönlichkeit 250 000 Franken.

der Dr. „befehtigt sich die Blätter nicht, daß die Frankfurter Versicherungs-
gesellschaft für Werthendenken nach Amerika
sackpflast bei Kapelung für den Fall eines
zwischen Spanien und Amerika ab-
Die großen Gesellschaften seien überhaupt
nie in die Lage gekommen, hierzu Stel-
nehmen. An eine völlige Abneigung
sackpflast werde nicht gedacht, sofern es
im Verstandung auf neutralen Eßfassen
schlechte
vermöge
4. Roth
den die
Mach-
gungen
vorwiege
ausdrück
gesellen.
lich erst

handle. Die Prämiensätze wurden aber selbstverständlich erhöht werden.

Die „Times“ melden aus Rom: Die Großmächte haben beschlossen, den kriegführenden Parteien die Untersuchung der neutralen Schiffe zu verbieten.

In Barcelona herrschte in den letzten Tagen großer Ansturm auf die Filiale der Bank von Spanien. Hunderte von Menschen drängten sich an die Kassen, um Banknoten gegen Silber umzutauschen. Die Bank zahlte rasch 25 Millionen aus, worauf sich der Ansturm legte. Die Lebensmittelpreise stiegen bedeutlich, so daß eine Hungernoth unter der armen Bevölkerung befürchtet wird.

Newyork, 21. April. Das atlantische Gefährdaber ist abgegangen und die sofortige Wiedab von Savanna herzustellen. Das Pan-
tra-Gilfs-Komitee für Kuba mietete ein
Dampfschiff, das am Sonnabend von hier
mit 1000 Tonnen Lebensmittel für die Recon-
citrabes abgehen soll. Die Regierung wird die
Sicherhelt des Schiffes garantiren; dasselbe
geht nach Kewnes, um dort Instruktionen zu er-
warten. Wenn nöthig, wird die Regierung dem-
selben eine Kriegsschiffesforte begeben.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1898 zugegangen. Der Entwurf lautet: § 1. Der beim Geleß als Anlage beigefügte Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1898 ist in Ausgabe auf 7787885 Mark, nämlich auf 1109280 Mark an fortdauernden, auf 678605 Mark an einmaligen Ausgaben des öffentlichen Etats und die Einnahme auf 787885 Mark festgesetzt und tritt dem Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1898 hinzu.

2. Die Mittel zur Befreiung des Mehrbetrags sind zum Betrage von 5000000 Mark so weit durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzutragen, als sie nicht durch Mehrbeträge bei den oder den Militärkassenbeiträgen zur Reichskasse fließenden regelmäßigen Einnahmen ihrer Deckung bedürfen.

§ 3. Der diesem Geleß als zweite Anlage beigefügte Nachtrag zum Haushaltssetat für das Rechnungsjahr 1898 ist in Ausgabe auf 1000 Mark festgesetzt.

In einmündigen Ausgaben des ordentlichen
auszählen 133000 Mark auf das Reichsamt
Innen, 1190000 Mark auf die Post- und
Geographenverwaltung, 210000 Mark auf die
Verwaltung des Reichsmeeres, 313000 Mark
auf die Verwaltung der kaiserlichen Marine und
100000 Mark werden zur Verwaltung des
übernehmens Kiautschou gefordert. Zu dieser
Erfoderung für Kiautschou heißt es in den Er-
klärungen: Es entstehen persönliche und sache-
liche Ausgaben: 1. Für die Zivilverwaltung des
Lands. An die Spitze der Verwaltung soll ein
Verwalter treten mit dem erforderlichen Ver-
waltungspersonal. Außerdem ist ein richterlicher Beamter
auszuscheiden. 2. Für die Garnison. Es
findet sich in Kiautschou ein Bataillon
Infanterie und eine Kompanie Matrosen-
Artillerie. Wenn diese Garnison verringert werden
soll, läßt sich noch nicht übersehen. Das Personal
der Marine an, soll aber über tatmäßig
von der hier geforderten Pauschsumme befreit
werden. 3. Für die Vermessung des abgetretenen
Lands. Allgemeine Vermessung (Lands- und
Wasser) — Vermessung zur Festlegung des Grund-
besitzes (Grundbuch). 4. Für Schiffsfahrts-
kosten — (Leuchtfeuer, Bemannung). 5. Für
Kriegs- und Labelfahrten für Schiffe. Es läßt sich
nicht annähernd übersehen, welche
Kosten im Rechnungsjahr 1898 für die einzelnen
Verfahren erforderlich sein werden. Der Gouverneur
wird mit technischen Beamten erst jetzt in Kiautschou
einsetzen. Verhandlungen mit mehreren Privaten
über deren Beteiligung an den Kosten der
ökonomischen Einrichtungen sind eingeleitet.
Unvermeidbare Kostenüberschlag kann daher nicht
ausgeschlossen werden. Es bleibt zunächst nur übrig,
die Pauschsumme bereit zu stellen, aus der die
erforderlichen Ausgaben geleistet werden
sollen.

Die Ausgaben für die geplante Errichtung biologischen Abteilung für Land- und Wirtschaft beim kaiserlichen Gesundheitsamt mit 60000 Mark in Anlauf gebracht, einer dem Nachtragsetat beigegebenen neuen Denkschrift werden der zu errichtenden Abteilung folgende Aufgaben zugewiesen: Die Erforschung der Lebensbedingungen tierischen und pflanzlichen Schädlinge der Kulturpflanzen und der Gewinnung von Grundstoffen für eine planmäßige Bekämpfung derselben. Die tierischen Schädlinge werden in erster Linie die schädlichen Insekten, besonders die Epiphytoren hervorhebend Wanderinsekten gerechnet, auch andere Tiere, wie Mäuse, Krähen, etc., zu den pflanzlichen Schädlingen die parasitischen Unkräuter, die phanerogamen, die schädlichen Pilze und die für die Pflanzen pathogenen Mikroorganismen. Der fällt ins Arbeitsgebiet der Abteilung Studium der Nützlinge aus dem Tier- und Pflanzenreich, z. B. der die Befruchtung der Pflanzen vermittelnden Insekten, die tierischen und pflanzlichen Feinde der Schädlinge n. s. g. Ein weiteres, besonders wichtiges Aufgabengebiet ist das Studium der für die Landwirtschaft im allgemeinen nützigen und schädlichen Mikroorganismen. Gerade auf diesem Gebiet wird die praktische Landwirtschaft von wissenschaftlichen Forschung weitestgehend gefördert. Die Fragen der fälschlicherweise und anderen Bakterien bedürfen noch eingehender Untersuchung, die Bakteriologie des Ackerbaus, vorwiegend die des Stallmistes, liegt noch im Dunkel während durch die wissenschaftliche Entwicklung dieses wichtigen Gebiets der Nationalökonomie große Verluste erlitten werden könnten. Es ist notwendig es seierner die Beschäftigung mit den anorganischen Einflüssen, z. B. durch Stickstoff und Phosphorgehalt, hervorgerufenen Schädigungen der Landwirtschaft. Diesen Fragen werden sich auch agrarisch-wirtschaftliche Arbeiten anschließen. 5. Experimentelle Forschungen sind erforderlich auf den Gebieten des Mikrobiologie.

zucht und der Fischzucht. Abgesehen von der

Strandheuten der Bienen und Fische verdient das Studium der Lebensbedingungen der Fische besondere Beachtung. Auch hier könnte die wissenschaftliche Arbeit der Praxis eine längst erwünschte Hilfe bringen. 6. Neben ihrer experimentellen Tätigkeit wird die Abteilung sich mit der Sammlung, Sichtung und Veröffentlichung statistischen Materials über das Auftreten der wichtigsten Pflanzentaxen im In- und Auslande zu befassen haben. Eine zentrale Sammelstelle dieser Art, welche bisher gefehlt hat, wird von den sachmännigen Kreisen einstimmig für notwendig erachtet. Die Abteilung soll es sich ferner aneignen sein lassen, den einzelstaatlichen Instituten die schwerer zugängliche Literatur, insbesondere die des Auslandes zu vermitteln und eventuell auch ein referierendes Organ für die gesamte Fachliteratur zu schaffen. 7. Von Seiten der praktischen Landwirtschaft wird die Veröffentlichung gemeinverständlicher Schriften und Flugblätter, betreffend die wichtigsten Pflanzentaxen, gewünscht. Um eine gezielte Tätigkeit entfalten zu können, wird ein enger Anschluß an die bestehenden einzelstaatlichen Institute zu erstreben und rege Fühlung mit den Vertretern der praktischen Landwirtschaft zu unterhalten sein. Unablässig abzuhaltende Konferenzen, an welchen die Leiter der einzelstaatlichen Institute und sonstige Fachmänner aus den Kreisen der Gelehrten und der Praktiker zu nehmen hätten, könnten dazu beitragen, die notwendige Fühlung zwischen der wissenschaftlichen Tätigkeit der neuen Abteilung und den Bedürfnissen der Praxis herzustellen. Endlich könnten auch die deutschen Schutzgebiete in den Bereich der Tätigkeit einbezogen und Sachverständige, welche später an Ort und Stelle weiterzuarbeiten hätten, auszubilden werden.

Die „Vollständige Anzeigenliste der Offiziere des deutschen Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen“ ist in ihrem 41. Jahrgang zum Verlag A. Schönerhans in Berlin abgedruckt worden. Das jetzt begonnene 5. Decennium ist als Beweis dafür angesehen werden, daß dieses durch Überalligkeit und Einrichtung als höchst befundene Handbuch den theilhaftigen Zeiten seit langen Jahren unentbehrlich geworden ist und wird bei den vielfachen Veränderungen dem neuen Jahrgang erwartungsvoll entgegengelesen. Abgeschlossen am 15. April, ist die Liste somit genau den augenblicklichen Stand an. Zu den Ehrenstellen, welche Se. Majestät der Kaiser und König einnimmt, ist am 1. August v. Js. die eines russischen Admirals beigetreten. Im deutschen Heere beträgt die Zahl der General-Feldmarschälle und General-Feldherren 9. An Stelle des Grafen v. Blumenthal ist Graf Waldersee General-Inspeteur der Armee-Inspektion gemorden. In der königlich preussischen Armee und dem 13. (königlich bayerischen) Armeekorps ist der älteste im Dienst befindliche General, der Chef des Militär-Kabinetts, General v. Pappe, welcher 1. Offizier wurde. Der jüngste فرماندارنده General ist General-Lieutenant v. Maslow (9. Armeekorps) mit einem Sekonde-Lieutenant von 59. Die General-Lieutenants sind seit 1860—61 Offizier geworden; die General-Majors, von denen sich die ältesten seit 94 in der Charge befinden, haben Sekonde-Lieutenants von 60 bis 66, einzelne von 67. Die folgenden Zahlen sind Durchschnittszahlen. Die ältesten Obersten sind seit Mitte 94 in der Charge und Sekonde-Lieutenants bei der Kavallerie 62—69, Kavallerie 65—68, Feld-Artillerie 63—66, Fußartillerie 66—69, Ingenieur-Korps 63—68. In Erigabe-Kommandeurstellungen zahlreiche Obersten der Kavallerie, Obersten Feldartillerie dagegen sind etatsmäßige Stabs-Offiziere. Die im Herbst 95 zu Oberst-Lieutenants Beförderung stehenden zum Oberst-Lieut. sind bei allen Waffen ausserordentlich

Der Pariser Appellhof für Strafsachen
berieft laut telegraphischer Mittheilung gestern
über die Appellation Zolas gegen den Beschluß
der Strafkammer, die sich in dem von der
Schöffengerichtsbänke gegen Zola angefügten
Verleumdungsprozeß für zuständig erklärt hatte.
Der Gerichtssaal war fast leer; auch blieb das
Gintreffen Zolas fast unbemerkt. Der Appellhof
berwarf die Appellation Zolas gegen den Beschluß
der Strafkammer in Betreff der Zuständigkeit in
dem Verleumdungsprozeß gegen die Schreib-
sachverständigen.

Dieser Prozeß ist ebenfalls eine Folge des von Zola in der „Aurore“ veröffentlichten Briefes: „J'accuse! Die Schreibfachverständigen in dem früheren Prozesse waren wegen ihrer Gutachten stark mitgenommen worden. Alle Welt, mit Ausnahme der bekannten militärischen und radikalen Kreise in Frankreich, ist aber längst darüber einig, daß durch die Sachverständigen bereits im Prozesse Dreyfus das ganze Unheil angerichtet worden ist. Die von den „intellectuels“ gestellten wirklichen Sachverständigen, die, im Gegenzuge zu einem Bertillon, sich auf ernsthafte Studien berufen können und zum Theil den hervorragenden französischen Staatsinstituten angehören, sind denn auch insbesondere in Bezug auf den Urheber des Bordereaus zu ganz anderen Ergebnissen gelangt, wie die Schriftfachverständigen, die gestern vor dem Pariser Appellhof gegen Zola auftraten. Jenen gilt Eterhazy als der wirkliche Urheber. Was den neuen Schmutzgerichtsprozeß gegen Zola betrifft, so wird in der „Aurore“ ausgeführt, daß die Vorladung von Alfred Dreyfus durch Zola notwendig war. Aus dem Artikel Zola sind diesmal nur drei Zeilen herausgegriffen worden, die, welche besagen, die Freisprechung eines Eterhazy auf Befehl sei ein Schlag ins Gesicht der Wahrheit und der Gerechtigkeit gewesen. Die Verurtheilung ist berechtigt, dies zu bemessen. Zola hat geschrieben, Eterhazy sei der Verfasser des Bordereaus, wegen dessen Alfred Dreyfus verurtheilt worden ist. Dieser muß also in Stand gesetzt werden, sich gegen die Anschuldigung zu wehren, deren Opfer er war. Es ist behauptet worden, er habe dem Hauptmann Lebrun-Renanst in Bekennung seiner Schuld abgelegt. Dreyfus muß fragen können, wie es sich damit verhält. In Versailles, wie in Paris, will der General eine Belluiz sich auf geheime Dokumente berufen, die für „Zola zerschmetternd“ sind, weil sie es nicht den Besonderheiten der Teufelskübel sind.“ Für Zola, sondern Dreyfus muß diese Dokumente erörtern können. Die angekündigten „Heulenschläge“ sollen auf das Haupt von Dreyfus niederfallen. Er muß also kommen, um sie zu abwehren oder zu empfangen. M. Labori, der Verteidiger Zolas, scheint mit der Vorladung von Dreyfus nicht ganz einverstanden gewesen zu sein. Deuten, die ihn hierüber befragen, antwortet er ausweichend, die Vorladung müsse dieselbe wahrheitsgemäß wenig; aber da ein dritter Prozeß Sache der Möglichkeit sei, so werde es später eher möglich, als faßbar, wenn man sich auf den Präzedenzfall beziehen und die Anwesenheit des Deportirten verlangen könne.

Wie aus Dresden gemeldet wird, fand heute anlässlich der **Zubiläumsfeier des Königs von Sachsen** im Marmorsaal des Schlosses eine Beglückwünschungsfeier statt, zu welcher auch die am Dresdner Hofe begnadigten Landen sowie die Deputationen der nichtkaiserlichen Regimenter, deren Chef der König ist, und die außerordentlichen Abgeordneten der fremden Höfe erschienen waren. Der König hat den Staatsminister Dr. Schurig, v. Miesch, von der Goltz, v. Seydewitz und v. Wobst aus dem Orden Krantenkrone verliehen. Um 5½ Uhr empfing der König im Marmorsaal des königlichen Schlosses die Abordnung der Ständekammern und darauf die sächsischen Reichstagsabgeordneten. Um 6 Uhr fand im Bankettsaale große Feiertag, woran die Majestäten, die Prinzen Prinzessinnen des kgl. Hauses, die Staatsminister, die Deputation der Ständekammer und Reichstagsabgeordneten teilnahmen. Bei der Tafel trank der König auf das Wohl der Lande. Hofrath Ackermann brachte ein Hoch dem König und Oberbürgermeister Dr. Georgi, ein Hoch auf die Königin und die königliche Familie aus. Der Rath und die Ständekammern haben heute mit Genehmigung des Kaisers einen König Albert-Zubiläumsfonds im Betrage von 2 Millionen Mark errichtet, von 1600 000 Mark zur Schaffung eines neuen Parks und 400 000 Mark zur Schaffung von Werken, die für die Verbesserung der öffentlichen Anlagen verwendet werden sollen. Oberbürgermeister macht bekannt, dass der König Albert-Denkmalfonds 205 000 Mark besitzt und dass Professor Baumhach-Verlin das Entschlossen sein, das auf dem Schloss errichtet werden soll. Das am Abend von der Stadt Dresden Geburkts- und Jubiläumsfeier des Königs ist im kaiserlichen Ausstellungspalast veranstaltet. Fest nahm einen glänzenden Verlauf. Unter der Erleuchtung der Königsfamilie spielte königl. Kapelle unter Eduard Leitung eine Festig Dreiecke eigens für das Fest komponiert. Unterbühnen, durch die ein vom Regisseur geleitetes Orchester und von Mitgliedern des Opernorchesters dargelegtes Festspiel „Märchen der Königin“ vom Kurfürsten von Bayern.

Berlin, 22. April. Der allgemeine Delegirtenrat der nationalliberalen Partei tritt am 1. Mai hier zusammen. Die „Nat.-Lib. Corr.“ bemerkt dazu, daß die Vorbereitungen dazu schon jetzt erkennen lassen, wie sehr die Bedeutung dieser Tagung erkannt werde, und fährt dann fort: Nach den bisher eingegangenen Meldungen zu urtheilen, wird sie voraussichtlich einen noch stärkeren Besuch aufweisen als die letzte, die October vor einem Jahre stattfand. Die Vorgänge der letzten Wochen, die seit Veröffentlichung der bekannten Declaration der Parteiführung zur Politik der Sammlung verfloßen sind, lassen es auch nothwendig erscheinen, daß die Tagung zahlreich besetzt wird, um für die Geschlossenheit der Partei, die noch kürzlich durch die bekannte Declaration zur Politik der Sammlung wirksam Ausdruck gefunden, nochmals Zeugniß abzulegen und den festen Entschluß zu bekräftigen, die alten Grundsätze der Partei mit allem Nachdruck bei den Wahlen zur Geltung zu bringen. Was die Tagesordnung anlangt, so ist bekannt, daß eine Anprache des Herrn von Bennigsen die Beratungen einleiten wird. Die Hauptaufgabe des Parteitagess wird die Verathung und endgültige Feststellung des Wahlprogramms sein, und die Verathung dazu gestellter Anträge.

— Wie jüngst mitgetheilt wurde, ist der hiesige Rechtsanwalt Denke wegen Unterschlagung flüchtig geworden. Ein hiesiges Antisemitienblatt bespricht in einem Leitartikel, betitelt: „Die Verantwortlichkeit im Anwaltsstande“, diesen Fall. Obwohl dem Blatt bekannt sein muß, daß der Rechtsanwalt Denke weder Jude ist, noch einen Tropfen jüdischen Blutes in seinen Adern hat und wegen seiner Verbindung mit hohen Beamtenkreisen bekannt war, entbildet es sich nicht, auszuführen, daß eine kräftige Selbsthilfe der deutschen Anwälte angebracht wäre, um sich gegen das Judenthum, das sich kaum an andere Stelle so sehr wie im Anwaltsstande einzunisten habe, zu wehren. „Die jüdischen Erdbegriffe sind eben“, wie es in dem Artikel heißt, „nicht dieselben wie die unrigen.“ Auf diese Weise versucht das antisemitische Blatt den Angehäu zu erwecken, als handle es sich hier um die Vergebung eines Juden gegen die Ehre des Anwaltsstandes, während thatsächlich Herr Denke dem Antisemitismus weitaus näher stand als dem Judenthum. Eine solche Stempelart richtet sich von selbst, einer ausführlicheren Abwehr bedarf es nicht.

— Die von dem „Genossen“ Gash ins Leben gerufene und von der offiziellen Sozialdemokratie begünstigte Agitation einiger kleiner Buchdruckergruppen gegen den Verband, weil letzterer sich erlaubt hatte, in vielen Dingen seine eigenen Wege zu gehen und nicht auf Kommando des sozialdemokratischen Parteivorstandes einzuschwenken, ist kläglich im Sande verlaufen. Der Verband ist nicht geschwächt worden; die Opposition besteht noch wie vor nur aus zweiundzwanzig Mann, von denen die größte Hälfte nicht weiß, was sie will. Das Verbandsorgan der Opposition, „Die Wacht“, erscheint nach wie vor unter dem ausschließlichen Ansehen der Öffentlichkeit. Ein Teil der aus dem Verbande ausgeschlossenen Buchdrucker möchte schon jetzt wieder in den alten Verband zurückkehren; aber der sozialdemokratische Herrschensinn hält sie davon ab. Mit dem so miserlichen verunglückten Kampfe gegen den Verband hat die offizielle Sozialdemokratie eine neue Niederlage erlitten; es hat sich eben gezeigt, daß die Hintermänner des Herrn Gash eine Scheiterorganisation nicht stiften können, weil dieser, obgleich sozialdemokratisch durchgefärbt, doch im Muth einer eigenen Meinung sich den sozialdemokratischen Parteipäpsten gegenüber beharrt hat.

Kopenhagen, 21. April. König Christian
war gestern während seines gewöhnlichen
Spazierganges durch die Stadt von einem herab-
gekommenen Individuum verfolgt und beleidigt.
Der Kerk kam, wie eine Zeitung berichtet, dem
König so nahe, daß dieser sich veranlaßt
sah, ihn wegzustößen. Nur wenige Leute waren
der Nähe. Ein vorübergehender Herr ergriff
den Kerk und übergab ihn der Polizei. Der
Kerk, der wie gewöhnlich ohne Begleitung war,
ging ruhig weiter, nachdem er dem Herrn mit
paar freundlichen Worten gedankt hatte.

London, 21. April. Unterhans. Der erste des Schages Valfour erklärt, die chinesische Regierung habe die Absicht angekündigt, Wollung Vertragshafen zu eröffnen und daselbst ein Amt zu errichten. Johnson Ferguson fragt ob die Verträge zwischen England und China den englischen Handel in China die Behandlung meistbegünstigte Nation sichern, und ob die Annahme in dem Abkommen zwischen der russischen Regierung und der russisch-chinesischen für den Bau der Manchuwei-Bahn, nach der von und nach Ausland per Eisenbahn überforderten Waaren an chinesischem Gien- oder fuhrzoll ein Drittel weniger zahlen gegen- den im Seehafenzollamt erhobenen Zöllen, Verletzung der britischen Vertragsrechte ent- re. Valfour erwidert, die erste Frage beant- er mit „Ja“. In Betreff der zweiten ge Bemerkte er, die einfache Thatsache, daß Unterchied zwischen dem Tarif der Land- ze und der Seegrenze gemacht werde, bebinge und für sich keine Verletzung der Klausel der begünstigten Nation; ein solcher Unterschied be auch im Falle der britischen birmanisch- sischen Grenze. Ob die praktische Ausfüh- eines solchen Unterschiedes unter gewissen ünden eine Verletzung des britischen Ver- trages enthalte, sei eine separate Frage, die

